Nr. 202 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 15. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13635, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Franzosen an der Saar

Ueber die Zustände im Saargebiet herrscht keine volle Klarheit. Gestern bereits lagen Meldungen vor, die auf eine Beilegung des Streikfalles hoffen ließen, heute dagegen meldet das Wolff-Bureau, am Freitag habe Generalstreik in Saarbrücken, der Zentrale des Gebiets geherrscht. Diese Meldung lautet: „Seit heute (13. August) früh herrscht in Saarbrücken Allgemeinausstand, zunächst auf 24 Stunden; morgen nehmen alle Ausständigen die Arbeit wieder auf. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, tritt Montag der Allgemeinausstand wieder ein. Die Verhandlungen führt die interalliierte Rheinlandkommission in Coblenz unter Hinzuziehung von Geheimrat v. Boch. Alle Banken, Geschäfte und Wirtshäuser sind geschlossen, die Straßenbahnen feiern, die Straßen sind ruhig, auf den wichtigsten Plätzen und auf verschiedenen Dächern stehen Maschinengewehre." — Die Disziplin der Saarbewohner scheint mustergültig zu sein, denn, wie folgende Meldung zeigt, wurde pünktlich nach 24 Stunden die Arbeit wiederaufgenommen:

TU. Berlin, 14. August. (Eig. Drahtbericht.) Meldungen aus dem Saargebiet zufolge wurde heute vormittag, obgleich die Verhandlungen zwischen der Regierungskommission, der Saarregierung und der Streikleitung der Beamtenschaft noch nicht zu Ende geführt worden sind, die Arbeit allseitig wieder aufgenommen. Nur der Eisenbahnbetrieb ruht vorläufig noch, da teilweise die Weichen defekt und die Eisenbahnschienen aufgerissen sind. Von den verhafteten Personen wurde ein großer Teil wieder freigegeben. Die internierten Journalisten befinden sich noch in Haft. Im allgemeinen ist alles wieder ruhig. Der Verkehr ist wieder normal. Auch wurde der Telephon- und Telegraphenverkehr wieder aufgenommen. Da die wesentlichen Forderungen der Beamtenschaft bisher angenommen wurden, dürften die Verhandlungen morgen zu Ende gehen.

Diese Forderungen der Beamten an der Saar sind, wie die untenstehende Meldung jedem Einsichtigen klar beweist, derart mäßig gehalten, daß man sich wundern muß, daß über sie überhaupt ein Streik ausbrechen konnte. Doch die Franzosen wollen anscheinend die Zustände auf die Spitze treiben, um schließlich aus dem Wirrwarr zu schließen, die zur Zeit regierende, aus fünf Vertretern verschiedener Nationalitäten bestehende Oberleitung des Saar-Gebietes sei unfähig, an ihre Stelle müsse eine straffe Staatsgewalt treten, und die könne nur in Frankreich gefunden werden. Zum Beleg für diesen naheliegenden Schluß fügen wir den Forderungen eine bezeichnende Depesche bei.

w. Frankfurt a. M., 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Forderungen, die von den Streikenden aufgestellt worden, sind:

1. Das von der Regierungskommission erlassene Beamtenstatut soll in der loyalsten und demokratischsten Weise gehandhabt werden.

2. Ueber die strittigen Punkte, insbesondere das Disziplinarverfahren, soll ein Kommentar bzw. Auslegungsbestimmungen geschaffen werden, die die Arbeiter und Beamten befriedigen.

3. Aus Anlaß des Streiks dürfen Maßregelungen und Strafen wegen Nichtnachkommens des Requisitionsbefehls nicht verhängt werden. Bereits verhängte Strafen sind sofort aufzuheben. Die gesamte Arbeiter- und Beamtenschaft erwartet, daß die Regierungskommission diese Vereinbarungen in der loyalsten Weise zur Durchführung bringt, da nur dann für die Zukunft Ruhe und Frieden eintreten und die Regierungskommission seitens der Bevölkerung das notwendige Vertrauen erhalten kann.

4. Mit Beendigung des Streiks ist der Belagerungszustand sofort aufzuheben. Alle früheren Rechte treten sofort wieder in Kraft. Das Erscheinen aller Zeitungen wird ebenfalls sofort wieder garantiert.

5. Der Reichslohntarif für die Eisenbahner muß im Saargebiet Anwendung finden.

w. Frankfurt a. M., 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus dem Saargebiet eingetroffene Nachrichten verzeichnen mit Bestimmtheit das Gerücht, Präsident Ranlt habe namens der Regierungskommission in einer Eingabe an den Völkerbund diesen ersucht, die Regierung über das Saargebiet an Frankreich zu übertragen. Die Regierungskommission besitze nicht die Machtmittel, um Frankreichs ungehinderte Ausbeutung der Saargruben zu gewährleisten. Ferner sollen jetzt schon die Bestimmungen des Rheinlandabkommens auch auf das Saargebiet ausgedehnt werden. Die deutsche Regierung hat alle Veranlassung, beim Völkerbund energisch gegen die Absichten Frankreichs im Saargebiet Einspruch zu erheben.

Wir zweifeln nicht, daß die Regierung ihr möglichstes tun wird, die deutschen Interessen an der Saar zu wahren. Daß ihr vorläufig nur ein beschränkter Erfolg in Aussicht steht, solange Frankreich krankhaft an der Einhaltung des ungeänderten Friedensvertrages festhält, wissen wir auch. Aber alle Zeichen — Polen und Rußland, die Verstimmung zwischen England und Frankreich, die Haltung Italiens — lassen hoffen, daß der tote Buchstabe des Versailles-Dokumentes in absehbarer Zeit überwunden werden wird.

*

Das Wolff-Bureau meldet aus Berlin: Alle aus dem Saargebiet ausgewiesenen und flüchtigen Saarbewohner werden in ihrem eigensten Interesse gebeten, sich nach dem Verlassen des besetzten Gebietes sofort an die nächstgelegene Flüchtlingsfürsorge-Stelle des Roten Kreuzes wenden zu wollen. Es kommen vor allen Dingen in Betracht Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg und Düsseldorf. Es wird besonders vor der Abwanderung in Großstädte gewarnt, wegen der dort herrschenden Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Ferner wollen alle Ausgewiesenen und Flüchtlinge sofort, und zwar schriftlich ihre Adresse mitteilen der Geschäftsstelle: Saarverein, Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94.

Die Besetzung des Korridors

Die Lage in Warschau

+ Berlin, 14. August. (Eig. Drahtbericht)

Unser Sonderberichterstatter meldet aus dem Hauptquartier der russischen Armee: In einer längeren Unterredung mit dem Chef des Stabes der Armee, deren Vorhuten vorgestern und gestern den Zipfel des polnischen Korridors erreicht haben, begegnete mir deutlich die Auffassung, daß der Korridor als polnisches Gebiet betrachtet und sofern nicht der Waffenstillstand einsetzt, besetzt werden soll.

Gegen Warschau, das in nicht mehr weitem Bogen von drei Seiten umfaßt ist, operieren die 3., 15. und 16. Armee, während im Süden nach wie vor die Budjenny-Armee steht, von deren Kavallerie nur Teile im Norden Verwendung finden. Im Hauptquartier spricht man bereits davon, daß die Warschauer Arbeiterschaft die drei Weichselbrücken zerstört habe, um den Abtransport der Truppen zu hindern und daß der Generalstreik bevorstehe. Das vorläufige revolutionäre Komitee für Polen in Bialystok, in dem außer Dzierdzicki und Marchlawski noch Komprochniak sitzt, soll seinen Sitz sofort nach der Einnahme von Warschau nach dort verlegen. Eine rote polnische Armee sei in den bisher besetzten Gebieten in der Bildung begriffen.

Nach den Meldungen unsres Warschauer Vertreters eilen die Nachrichten über das Verhalten der Warschauer Arbeiterschaft den Tatsachen voraus. Bis zur Stunde haben die Sozialisten, die antibolschewistisch sind, ihre Leute fest in der Hand, und die Umtriebe der Kommunisten werden durch den Belagerungszustand niedergehalten.

B. Berlin, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus Königsberg wird gemeldet: Die Polen haben am Freitag früh mit der Räumung des Danziger Korridors begonnen. Die Russen waren bis Freitag mittag noch nicht in Soldau eingerückt.

*

Die Einnahme von Pultusk

Aus Königsberg wird gemeldet: Nach hier eingegangenen Meldungen haben die Bolschewisten Pultusk genommen.

Kg. Rotterdam, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Reuter verbreitet am Freitag aus Warschau eine Meldung, die besagt, daß die Lage vor Warschau keine Veränderung zeigt. Der Einbruch der Russen in die polnische Nordfront bei Pultusk hat lediglich zur teilweisen Rückverlegung der polnischen Linien hinter Pultusk geführt, ist aber ohne Einfluß auf die Verteidigungsmaßnahmen für die Festung Warschau geblieben. Die polnische Heeresleitung ist überzeugt, Warschau sechs Monate (?) lang gegen jede Belagerung halten zu können.

*

Der Vormarsch

* **Amsterdam**, 14. August. Der „Daily Herald" berichtet aus Warschau, daß die Roten Truppen auch am Narew beträchtliche Fortschritte machen. Die Stadt Plonsk ist in russischen Besitz gelangt. Nowo-Georgiewsk ist unmittelbar gefährdet. Die südlich von Mlawa stehenden polnischen Kräfte sind in Gefahr, abgeschnitten zu werden. Warschau ist jetzt auch von Westen her stark bedroht. Laut der „Daily Mail" hat die bolschewistische Kavallerie die Eisenbahnlinie Warschau—Siedlice an verschiedenen Stellen überschritten. Es besteht die offenbare Absicht, Warschau auch von Süden her anzugreifen.

*

Auf ehemals deutschem Boden

Wie von der ostpreußischen Grenze gemeldet wird, haben die Russen die frühere deutsche Grenze überschritten und sind in den polnischen Korridor eingedrungen. Illowo wurde als erster Ort des ehemals deutschen Gebietes besetzt.

Nach der „Neidenburger Zeitung" sind die in Illowo eingerückten Bolschewisten 2000 Mann mit zwei Geschützen stark. Frühere deutsche Soldaten sind zu Gendarmen bestellt, und eine Einwohnerwehr ist gebildet worden.

Ueber die Lage an der Grenze wird berichtet, daß Soldau zur Zeit unter dem Feuer der Bolschewisten liege. Aus Allenstein wird gemeldet, daß die Polen im Kreise Soldau die Zurückziehung allen Viehes und aller beweglichen Güter angeordnet habe.

Zur deutsch-russischen Verständigung

* **Berlin**, 14. August. Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung Rußlands, Wiydor Kopp, ist aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrt. In einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied der Berliner „Freiheit" sagte er, die in Deutschland betriebene Propaganda für eine Massenauswanderung nach Rußland hat keinerlei tatsächliche Unterlagen. Rußland braucht augenblicklich nur eine geringe Anzahl von hochqualifizierten Arbeitern und Technikern.

Eine Massenauswanderung käme erst später in Frage

Auf eine Frage, was zu den Pariser Ausstreuungen über Geheimverträge zwischen Rußland und Deutschland zu sagen sei, antwortete Kopp, daß diese Gerüchte nur den Zweck hätten, die sich anspinnende wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Rußland zu hintertreiben und den französischen Militaristen einen Vorwand für die Besetzung des Ruhrreviers zu liefern.

Auf die Frage, welche Haltung die russische Regierung zu der Genugtuungsforderung der Deutschen in der Mirbach-Angelegenheit einnehme, sagte Kopp, daß er sich augenblicklich bei dem schwebenden Zustand der Verhandlungen nicht darüber äußern wolle. Nach seiner festen Ueberzeugung aber werde die Frage kein Hindernis für die Wiederaufnahme der beiderseitigen diplomatischen Beziehungen bilden.

Zum Schluß sagte Viktor Kopp: Nach dem Versailler Experiment verspüren wir wenig Neigung, die schwebenden politischen Fragen auf einem sogenannten Weltkongreß zu erörtern, wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß wir uns mit den einzelnen Völkern viel besser verständigen werden. Ich glaube, daß wir mit Deutschland über die schwebenden Fragen uns direkt verständigen und nicht in Gemeinschaft mit den Mächten, die für das deutsche Volk den Friedensvertrag von Versailles geschlossen haben.

Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen?

☞ **London, 14. August. (Eig. Drahtbericht.)** Nach den neuesten hier eingetroffenen Meldungen werden die polnischen Delegierten heute früh um 5 Uhr die russischen Linien überschreiten, um mit den Vertretern Sowjetrußlands die Verhandlungen zu beginnen. Sie werden von den Unterstaatssekretären Wroblewski und Dombski geführt und von militärischen und andern Sachverständigen begleitet sein. In den hiesigen militärischen Kreisen erwartet man für heute eine große russische Kraftanstrengung, um Warschau zu nehmen. Inwieweit dies die Verhandlungen beeinflussen wird, bleibt abzuwarten. Die polnischen Delegierten werden die weitestgehenden Verhandlungsvollmachten haben. Es soll noch eine wichtige Sitzung des britischen Kabinetts abgehalten werden, bevor das Unterhaus am Montag zusammentritt.

Eine Absage an Sowjet-Rußland

Die „Kölnische Zeitung" schreibt: Die amerikanische Note an Italien ist die Antwort auf eine Anregung Italiens, Washington möge seine Ansicht über die gegenwärtige russisch-polnische Lage zum Ausdruck bringen. Wir sind in der Lage, aus dem umfangreichen Schriftstück, das sich scharf gegen die jetzige Sowjetregierung ausspricht, vorerst die Schlußsätze mitzuteilen. Sie lauten wie folgt:

„Nach der Ansicht dieser Regierung kann es keinen gemeinschaftlichen Boden geben, auf dem sie mit einer Macht stehen könnte, deren Auffassungen von nationalen Beziehungen so völlig im Gegensatz stehen zu ihren eigenen, die so völlig ihrem moralischen Empfinden zuwiderlaufen. Es kann kein gegenseitiges Vertrauen, nicht einmal Respekt bestehen, wenn Versprechen gegeben und Uebereinkommen getroffen werden, während die eine der Parteien bereits eine zynische Verweigerung ihrer Verpflichtungen im Sinn hat. Wir können die Vertreter einer Regierung, die entschlossen und verpflichtet ist, gegen unsre Einrichtungen zu konspirieren, deren Diplomaten die Erreger gefährlichen Aufruhrs sein wollen, deren Wortführer sagen, daß sie Vereinbarungen unterzeichnen, ohne die Absicht zu haben, diese zu halten, nicht anerkennen, nicht amtliche Beziehungen mit ihnen unterhalten oder ihnen eine freundliche Aufnahme gewähren.

Um die Stellung der Regierung zusammenzufassen, möchte ich in Beantwortung der Anfrage Eurer Exzellenz sagen, daß sie mit Genugtuung eine Erklärung der alliierten und assoziierten Mächte begrüßen würde, daß die Unverletzlichkeit des Gebietes und

die wahren Grenzen Rußlands

respektiert werden sollen. Diese Grenzen sollten naturgemäß das Ganze des früheren russischen Kaiserreiches umfassen, mit der Ausnahme von Finnland, des eigentlichen ethnographischen Polen und solcher Gebiete, die auf Grund eines Uebereinkommens einen Teil des armenischen Staates bilden würden. Die Ansprüche dieser Völker auf Unabhängigkeit sind als zu recht bestehend zu betrachten. Jedes von ihnen wurde durch Gewalt annektiert, und ihre Befreiung von einer drückenden Fremdherrschaft stellt keinen Angriff gegen russische Gebietsrechte dar und hat die Billigung der öffentlichen Meinung bei allen freien Völkern gefunden. Solch eine Erklärung setzt den Rückzug aller fremden Truppen aus dem Gebiet voraus, das innerhalb dieser Grenzen liegt, und nach der Ansicht dieser Regierung würde sie erreicht werden durch die Ankündigung, daß keine Ueberschreitung dieser so gezogenen und verkündeten Linie durch Polen, Finnland oder irgendeine andre Macht geduldet werden wird. Nur auf diese Weise kann die bolschewistische Herrschaft um den Erfolg ihres falschen, aber wirksamen Appells an den russischen Nationalismus gebracht und gezwungen werden, sich der unvermeidlichen Herausforderung von Vernunft und Selbstachtung zu beugen, die das russische Volk, sobald es sich von Einfall und Gebietsverletzung freifühle, sicherlich an eine soziale Philosophie richten wird, die es herabwürdigt, und an eine Tyrannei, die es unterdrückt. Die hier in ihren Umrissen dargelegte Politik kann der Unterstützung durch die jetzige Regierung sicher sein."

Die ganze Rede ist, wie die „Kölnische Zeitung" fortfährt, eine glatte, in drastischen Formen gehaltene Absage an die gegenwärtigen Machthaber Rußlands, und damit eine unzweideutige Warnung an alle, die es unternehmen sollten, mit der Sowjetregierung Unterhandlungen zu pflegen oder gar sie anzuerkennen. Das Schriftstück ist unverkennbar

ein echter Wilson

und arbeitet mit all den juristischen und moralischen Wendungen, die aus seiner umfangreichen Notenliteratur hinreichend bekannt sind. Wilson erklärt, daß er gegen einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen nichts einzuwenden habe, daß er sich aber, wenigstens für den Augenblick, weigere, an einem Plan teilzunehmen, der darauf hinausgehe, die Waffenstillstandsverhandlungen zu einer allgemeinen europäischen Konferenz zu erweitern, die in aller Wahrscheinlichkeit zwei Ergebnisse haben würde, die beide Amerika gleich unangenehm sind, nämlich die Anerkennung der Bolschewistenherrschaft und die Lösung des russischen Problems beinahe auf der Basis einer Aufteilung Rußlands. Er betonert, daß Amerika ein Freund des russischen Volkes sei und daß die amerikanische Regierung die erste gewesen sei, die die Gesetzmäßigkeit der russischen Revolution und die vorläufige Regierung anerkannt habe. Aber es sei der Regierung Amerikas nicht möglich, die gegenwärtigen Herrscher Rußlands als eine Regierung zu betrachten, mit der Beziehungen, wie sie zwischen freundlichen Regierungen gepflogen werden, aufrechterhalten werden können. Die gegenwärtige Regierung Rußlands sei gegründet auf der Verneinung jeglichen Grundsatzes von Ehre und gutem Glauben und von jedem Brauch und Herkommen, die dem Gebäude des Völkerrechtes zugrunde liegen.

Millerands Politik

Die französische öffentliche Meinung bringt es diesmal nicht zu einer einheitlichen Stellungnahme. Daß Millerands Politik außerordentlich kühn ist, wird zugestanden, aber damit findet sich die leichte Auffassung der Franzosen zu internationalen Fragen ab. Der offiziöse „Petit Parisien" meint sogar leichthin, daß früher Lloyd George immer die Vorhand gehabt und z. B. Verhandlungen mit Litwinow und Krassin gepflogen habe, ohne Frankreich vorher zu befragen. — Daß ein sachlicher Unterschied vorhanden ist, leuchtet also den Franzosen nicht ein. Nun habe Millerand die Vorhand für sich in Anspruch genommen, wobei er aber etwas getan hat, was in der italienischen Presse als unmittelbare Gefahr für den gesamten Verband bezeichnet wird.

Wir haben keine Ursache, uns in den französisch-englischen Zwist zu mischen. Für uns handelt es sich nur darum, die Entwicklung der Dinge zu beobachten, um daraus für uns die Schlüsse zu ziehen, die unsre Neutralität unter allen Umständen sichern. Die französische Presse wird bald genug mit neuen Verdächtigungen gegen Deutschland herauskommen, etwa in dem Stile, als ob wir bewußt den Gegensatz zwischen Lloyd George und Millerand vertieften. Wenn aber Frankreich tatsächlich nur das will, was mehr umständlich als überzeugend der „Temps" auseinandersetzt, so wären die Gefahren weniger groß. Angeblich will Frankreich nichts anderes, als daß das russische Volk sich selbst seine Regierung bestimmen soll. Darin stimmen wohl aber alle europäischen Völker überein. Aber das ist es nicht, was die Ursache der Anerkennung des Generals Wrangel ist. Polen sollte eine Entlastung und eine Ermutigung haben. Wenn sich in Warschau in den letzten Tagen die Widerstandslust, nicht aber die Widerstandskraft zu verstärken scheint, so hat daran die Politik Millerands jedenfalls einen großen Anteil.

Die polnische Regierung ruft die ganze Bevölkerung zur Verteidigung des vaterländischen Bodens auf, von dem kein Fuß preisgegeben werden soll. Das sind nach Lage der Sache aber nur wohlfeile Redensarten, die das Schicksal von Warschau auch nicht um Haaresbreite ändern werden. Polen muß wohl oder übel mit Moskau über Waffenruhe und Frieden unterhandeln. Ob es wahr ist, wie im russischen Hauptquartiersbericht gesagt wird, daß die polnischen Kommunisten schon bereitständen, sofort die Sowjet-Republik auszurufen, ebenso daß die Arbeiter in Warschau schon die Brücken über die Weichsel abgebrochen hätten, um den Abmarsch des Militärs zu verhindern, läßt sich von hier aus nicht nachprüfen. Die Bolschewisten nehmen manchmal in ihren Funksprüchen den Mund etwas reichlich voll.

Nun haben die Polen erklärt, daß sie nur Bedingungen zustimmen würden, die nicht ihre „Ehre" antasten. Das wird die Bolschewisten nicht sonderlich einschüchtern, aber die Polen wissen nun, daß sie an Frankreich eine Rückendeckung finden, so daß sie nicht alles verloren zu geben brauchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die voraussichtliche Entwicklung der Ereignisse im Osten schwere Gefahren für uns birgt. Die französische Presse droht ja schon damit, daß die Vernichtung Polens durch die Bolschewisten die Besetzung des Ruhrgebietes und der Mainlinie zur Folge haben würde. Frankreichs Politik ist nun einmal von einer krankhaften Angst vor Deutschland gepeitscht. Die Staatsmänner, die Frankreich zur Zeit regieren, sind, wenn sie sich auch äußerlich einmal zur Verständigung bekennen, innerlich völlig unzugänglich für die Auffassung, daß es wohl ein Nebeneinander der beiden Staaten geben kann. Diese wahnsinnige Angst ist das Verhängnis Europas. Sie ist so groß, daß sie blindlings im Osten alles tun, was irgendwie zu einer Schwächung des Deutschen Reiches mit beitragen könnte.

Der französische Ministerpräsident hat den General Wrangel nicht anerkannt, weil er von dem guten Recht dieses Generals überzeugt ist, sondern weil Wrangel gegen die Sowjets kämpft, die Polen über den Haufen rennen wollen und Deutschland die Hand reichen könnten zur Revision des Versailler Vertrages. Am 15. August sollen sich der englische Premierminister und der französische Ministerpräsident auf französischem Boden treffen. Millerand hofft, wie er bereits durch seine Presse zu verstehen gegeben hat, Lloyd George von der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und der Zielsicherheit der französischen Politik zu überzeugen. Wie weit dies gelingen wird, hängt wohl ganz von den Ereignissen auf dem östlichen Kriegsschauplatz ab.

*

Warum England umfiel

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien" will von autorisierter Seite erfahren haben, daß die englische Regierung, die vor zwei Tagen Polen den Rat gegeben habe, die Waffenstillstandsbedingungen der Sowjets in ihrer Gesamtheit anzunehmen, sich nunmehr nach Anhören von Sachverständigen dahin entschieden habe, zu erklären, daß die Bedingung der Bolschewisten, freie Verfügung über die Eisenbahn Wolkowysk—Grajewo zu erhalten, die einen Teil der Linie von Moskau nach Königsberg bilde, unannehmbar sei. Wenn diese Linie unter bolschewistische Kontrolle gestellt würde, würde ein Uebereinkommen zwischen Moskau und Berlin sie in eine russisch-deutsche strategische Linie umwandeln können, die jede Verbindung zwischen Polen und den Alliierten verhindere.

*

Verschwörung gegen Lloyd George

„Daily Expreß" glaubt zu wissen, man habe am Donnerstag im britischen Ministerium des Innern Kenntnis von einer Verschwörung gegen Lloyd George erhalten. Es seien besondere Maßnahmen ergriffen worden, um den Premierminister zu schützen. Nach demselben Blatte wird der Besuch Lloyd Georges auf dem Kontinent wahrscheinlich nicht stattfinden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200815/1